



Presseinformation

München, 6. November 2024

Ungefragte Wortmeldungen

Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) schreibt im Leitartikel der Novemberausgabe des *Bayerischen Ärzteblattes* über die aktuelle Debatte um Krankenstand und Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Jüngst hatten Bundesfinanzminister Christian Lindner und die Bundesvereinigung der Arbeitgeber (BDA) eine Abschaffung der telefonischen Krankschreibung gefordert. Die Begründung: Es gebe eine Korrelation zwischen dem Anstieg des Krankenstands in Deutschland und der Einführung dieser Maßnahme. Quitterer kritisiert diesen Vorstoß: „Unterstellt wird dabei, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dies ausnutzen und sich so auf einfachem Wege krankmelden könnten. Mit dieser Kritik wird den Patientinnen und Patienten eine Täuschungsabsicht und uns Ärztinnen und Ärzten unreflektiertes Verhalten vorgeworfen“. Tatsächlich seien aber zunehmende Infektionswellen und die elektronische Erfassung der Arbeitsunfähigkeit für den erhöhten Krankenstand ursächlich. Quitterer wehrt sich gegen die „Einmischung von Interessenvertretern“ jeglicher Art: „Dies gilt genauso für Vorschläge, die mit der Ärzteschaft in keiner Weise abgestimmt und völlig realitätsfern sind, wie beispielsweise die Einführung einer „Halbtages-Arbeitsunfähigkeit“ (AU)“.

Weiter fordert der Präsident, Gesundheitsaspekte künftig in allen Politikfeldern konsequent zu berücksichtigen. Unter anderem brauche es verpflichtenden Gesundheitsunterricht in Schulen, ein Verbot von Werbung für ungesunde Lebensmittel, eine wirksame Besteuerung zuckerhaltiger Getränke und eine Begrenzung des Medienkonsums für Kinder. Das sei zielführender als das derzeitige Debakel um das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) oder um das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG), die nach Lesungen und Anhörungen in Bundestag und Bundesrat immer noch breite Kritik auf sich zögen und keine Lösungsansätze für eine Stärkung der Versorgung böten. „Gesetze sollen bestehende Strukturen stärken, verantwortungsvolle Ansätze für eine Weiterentwicklung formulieren und eine breite Akzeptanz erzielen“, schreibt Quitterer. Essenzielle Dinge, wie beispielsweise die neue Approbationsordnung für Ärztinnen und Ärzte oder ein echtes Praxisstärkungsgesetz, blieben auf der Strecke. Dabei wären diese ein wichtiger Baustein einer „Public-Health-Strategie“.

Mehr dazu lesen Sie im Leitartikel „Ungefragte Wortmeldungen“ der Novemberausgabe 2024 des *Bayerischen Ärzteblattes* unter www.bayerisches-aerzteblatt.de.

Pressestelle